



Stadt Warendorf

1

## Umlegungsausschuss

### Umlegungsverfahren „Zuckertimpen“

#### Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit und das Inkrafttreten des Teilumlegungsplans 1

Der Teilumlegungsplan 1 im Umlegungsverfahren „Zuckertimpen“, bestehend aus der Umlegungskarte und dem Umlegungsverzeichnis, der durch Beschluss des Umlegungsausschusses vom 13.06.2019 für die Grundstücke Alter Bestand Gemarkung Warendorf, Flur 27, Flurstücke 286, 537, 538, 539, 540, 541, 542 und 543 und die Grundstücke Neuer Bestand Gemarkung Warendorf, Flur 27, Flurstück 537, 544 und 545 aufgestellt wurde, ist mit Ablauf des 18.07.2019 unanfechtbar geworden. Die Teilumlegungsplan 1 tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Damit wird nach § 72 Abs.1 Baugesetzbuch der bisherige Zustand durch den im Teilumlegungsplan 1 vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt. Diese Bekanntmachung schließt die Einweisung der Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke ein. Die Geldleistungen werden mit dieser Bekanntmachung fällig.

Die Teilumlegungsplan 1 kann, insbesondere bis zur Berichtigung des Grundbuchs, bei der Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses der Stadt Warendorf, dem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur Rudolf Spitthöver, August-Wessing-Damm 18, 48231 Warendorf von jedem eingesehen werden, der ein berechtigtes Interesse darlegt.

#### Rechtsmittelbelehrung:

Diese Bekanntmachung kann gemäß § 217 Abs. 2 BauGB innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach der Bekanntmachung durch Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Geschäftsführer des Umlegungsausschusses der Stadt Warendorf, dem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur Rudolf Spitthöver, August-Wessing-Damm 18, 48231 Warendorf zu stellen.

Der Antrag muss den Verwaltungsakt (Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit und das Inkrafttreten des Teilumlegungsplans 1) bezeichnen, gegen den er sich richtet. Er soll nach § 217 Abs. 3 BauGB die Erklärung, inwieweit der Verwaltungsakt angefochten wird, und einen bestimmten Antrag enthalten. Er soll die Gründe sowie die Tatsachen und Beweismittel angeben, die zur Rechtfertigung des Antrags dienen.

Falls die Frist durch das Verschulden eines vom Antragsteller Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden dem Antragsteller zugerechnet werden.

Über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung entscheidet das Landgericht Arnsberg, Kammer für Baulandsachen, Brückenplatz 7, 59821 Arnsberg. In dem Verfahren vor der Kammer für Baulandsachen können Anträge zur Hauptsache nur durch einen Rechtsanwalt gestellt werden.

Warendorf, den

12.08.2019



Scheer, Vorsitzender